

PETER RAUSCHER

»Auf der Schipp«<sup>1</sup>

Ursachen und Folgen der Ausweisung der Wiener Juden 1670

*1 Die Vertreibung von 1670: Ereignis und Interpretationen*

Im Jahr 1670 fand die relativ junge, dafür aber umso bedeutendere jüdische Gemeinde der kaiserlichen Residenzstadt ihr Ende, als die Wiener und in weiterer Folge auch die niederösterreichischen Juden auf Befehl Leopolds I. das Land zu verlassen hatten.<sup>2</sup> Die so genannte Judenstadt im »Unteren Werd«, einem Gebiet jenseits des Donaukanals außerhalb der Stadtbefestigung im heutigen Zweiten Wiener Gemeindebezirk gelegen, wurde in »Leopoldstadt« umbenannt, eine der drei Synagogen in eine dem Heiligen Leopold geweihte Kirche umgestaltet. Im Ghetto im Werd hatte seit 1625 die wachsende Judenschaft Wiens unter kaiserlichem Schutz und weitgehender innerer Autonomie gelebt, während ihr das Betreten der Stadt nur während des Tages gestattet war.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> »Judenschafft zu Wien sitzt auff der Schipp«. In: Continuatio XVIII DIARII EUROPAEI, Insertis variis ACTIS PUBLICIS (...). Frankfurt a. M.: Serlin 1669, S. 322 [1668].

<sup>2</sup> Intimation des Kaisers an die Wiener Judenschaft, 1670 Februar 28. In: Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien. 1. Abteilung, Allgemeiner Teil: 1526–1847 (1849), Bd 1. Hg. von A. F. PRIBRAM. Wien, Leipzig: Wilhelm Braumüller 1918 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Deutsch-Österreich; VIII), Nr 115/XII, S. 235. Die wichtigsten Quellen zur Ausweisung sind abgedruckt ebd., Nr 115, S. 197–253; Nr 117, S. 254–257 (Erhaltung des Friedhofs) und Nr 118, S. 257–265 (Verhandlung über die – nicht erfolgte – Wiederaufnahme der Wiener Juden). Vgl. auch ebd., S. XXXVIII–XLV. Die bis heute wichtigste, wenn auch aufgrund ihrer Einseitigkeit sehr problematische Studie zu diesem Thema stammt von DAVID KAUFMANN: Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederoesterreich. Ihre Vorgeschichte (1625–1670) und ihre Opfer. Wien: Konegen 1889. Zu neuerer Literatur siehe die im Folgenden zitierten Werke.

<sup>3</sup> IGNAZ SCHWARZ: Das Wiener Ghetto. Seine Häuser und seine Bewohner. Wien, Leipzig: Wilhelm Braumüller 1909 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Deutsch-Österreich; II) [Reprint: Wien: Promedia 2003]. HANS ROTTER/ADOLF SCHMIEGER: Das Ghetto in der Wiener Leopoldstadt. Wien: Burgverlag 1926 (Libri Patriae – Geschichte/Kunst/Landschaft; 1). Zur Geschichte der Wiener Juden siehe SABINE HÖDL: Zur Geschichte der Juden in Österreich unter der Enns 1550–1625. Wien: Ungedr. phil. Diss. 1998. Einen knappen Überblick über die Geschichte der Wiener Juden in der Frühen Neuzeit bietet DIES.: Die Juden. In: Die frühneuzeitliche Residenz (16.–18. Jahrhundert). Hg. von KARL VOCELKA und ANITA TRANINGER. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 2003 (Wien. Geschichte einer Stadt; 2), S. 282–310. Von der älteren Literatur siehe: IGNAZ

Über die genauen Hintergründe dieser Europa weites Aufsehen erregenden Vertreibung waren sich bereits die zeitgenössischen Publizisten nicht ganz einig. Der englische Arzt und Forschungsreisende Edward Brown berichtet in seinem Reisebericht über die Repressalien und Gewalttaten gegen die Wiener Juden in den 1660er Jahren, die schließlich in der vollständigen Ausweisung im Jahr 1670 gipfelten. Als Gegner der Judenschaft nennt Brown die Studenten der Universität, die sogar die Judenstadt stürmten, die eigens von Soldaten bewacht werden musste.<sup>4</sup> Als weitere judenfeindliche Gruppen führt er die Bürger und Kaufleute der Stadt an, die wirtschaftliche Konkurrenten der Juden waren,<sup>5</sup> und schließlich erwähnt Brown auch die kaiserliche Familie, besonders die aus Spanien stammende Kaiserin Margareta,<sup>6</sup> die es abgelehnt habe, während ihrer Schwangerschaft eine silberne Wiege von den Juden als Geschenk anzunehmen. Es waren also nach Ansicht Browns unterschiedliche Gruppen, die den Wiener Juden feindlich gegenüber standen, und, obwohl dies nicht explizit ausgesprochen wird, ist klar, dass der Zeitzeuge Brown das Zusammentreffen verschiedener Einflüsse dafür verantwortlich machte, dass die Juden, nachdem sie 45 Jahre in der Judenstadt gewohnt hatten, aus Wien ausgewiesen wurden. Hingegen nimmt insofern Brown keine Wertung der Gegner der Juden und ihrer Motive vor, als er kein ausschlaggebendes Motiv für die Entscheidung, die Juden auszuweisen, angibt.

SCHWARZ: Geschichte der Juden in Wien. Von ihrem ersten Auftreten bis zum Jahre 1625. In: Geschichte der Stadt Wien. Hg. vom ALTERTHUMSVEREINE ZU WIEN. Redigiert von Anton Mayer, Bd 5: Vom Ausgange des Mittelalters bis zum Regierungsantritt der Kaiserin Maria Theresia, 1740 (II. Teil). Wien: Holzhausen 1914, S. 1–64. MAX GRUNWALD: Geschichte der Juden in Wien. Vom Jahre 1625 bis zum Jahre 1740. In: Ebd., S. 65–99. PETER RAUSCHER: Ein dreigeteilter Ort: Die Wiener Juden und ihre Beziehungen zu Kaiserhof und Stadt in der Zeit des Ghettos (1625–1670). In: Ein zweigeteilter Ort? Hof und Stadt in der Frühen Neuzeit. Hg. von SUSANNE CLAUDINE PILS und JAN PAUL NIEDERKORN. Innsbruck: Studienverlag 2005 (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte; 44), S. 87–120; BARBARA STAUDINGER: »Gantze Dörffer voll Juden«. Juden in Niederösterreich 1496–1670. Wien: Mandelbaum 2005, S. 65–78.

<sup>4</sup> EDWARD BROWN, M. D.: Auf genehmgehaltenes Gutachten und Veranlassung der Kön. Engell. Medicinischen Gesellschaft in Londen Durch Niederland / Teutschland / Hungarn / Serbien / Bulgarien / Macedonien / Thessalien / Oesterreich / Steiermark / Kärnthen / Carniolen / Friaul / etc. gethane gantz sonderbare Reisen (...). Nürnberg: Johann Ziegler 1686, S. 267f. [Original: EDWARD BROWN: An Account of Several Travels Through a great part of Germany. (...) Wherein The Mines, Baths, and other Curiosities of those Parts are Treated of. London: Tooke 1677, S. 113–115]. Zu den Aktionen der Studenten siehe KAUFMANN, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederoesterreich (wie Anm. 2), S. 105–108; PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), Nr 114, S. 195f. Weitgehend auf Basis von Kaufmann und Pribram: WALTHER PICHLER: Von der Synagoge zur Kirche. Zur Entstehungsgeschichte der Pfarre St. Leopold, Wien II. Wien: Wiener Dom-Verlag 1974 (Veröffentlichungen des Kirchenhistorischen Instituts der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien; 15), S. 98–114.

<sup>5</sup> Vgl. dazu RAUSCHER, Ein dreigeteilter Ort (wie Anm. 3).

<sup>6</sup> BRIGITTE HAMANN: Margarita Maria Teresa. In: Die Habsburger. Ein biographisches Lexikon. Hg. von BRIGITTE HAMANN. 3. korrigierte Aufl. Wien: Ueberreuter 1988, S. 279f.

Die Vorgänge um die Vertreibung der Juden aus Wien fanden nicht nur in Berichten wie den Edward Browns Niederschlag, sondern erregten überregionales öffentliches Aufsehen. Die Gründe, die für die Ausweisung der Juden genannt wurden, unterschieden sich allerdings nicht fundamental voneinander. Conte Galeazzo Gualdo Priorato, ein offizieller Biograph Leopolds I., nennt sowohl die Religiosität von Kaiser und Kaiserin, als auch die Skandale in der Judenstadt.<sup>7</sup> Noch stärker auf vermeintliches Fehlverhalten der Juden als Ursache für die Vertreibung zielte das Periodikum »Theatrum Europaeum« ab.<sup>8</sup> So habe der Bischof von Wiener Neustadt Leopold Graf Kollonitsch in einer Predigt Morde von Juden an Christen, Diebstähle, Verrätereien an die Türken, Kuppelei und Unzucht mit Christinnen angeprangert.

Gemeinsam ist diesen und später erschienenen Publikationen, dass die Entscheidungsträger und Motive der Ausweisung letztlich sehr vage bleiben. Die Kaiserin wird immer wieder genannt, auch die Verfehlungen der Judenschaft, die Gewalttätigkeiten der Studenten hingegen und die Gegnerschaft der Stadt Wien erwähnte ausschließlich der Engländer Brown. Eindeutig dominierten religiöse und moralische Begründungen der Ausweisung in der zeitgenössischen Publizistik, nicht ökonomische Konflikte.

Namen der an der Entscheidung beteiligten kaiserlichen Räte werden nur in einem Fall erwähnt. 1671 erschien ein jüdenfeindliches Spottgedicht des Juristen, Schriftstellers und Bruders eines kaiserlichen Sekretärs und Geheimen Rats namens Matthias Abele.<sup>9</sup> Er nennt neben dem Kaiser und der Kaiserin, den kaiserlichen Beichtvater Philipp Müller, den jüden- und protestantenfeindlichen Bischof von Neutra und später Wiener Neustadt, Leopold Graf Kollonitsch, den österreichischen Hofkanzler Johann Paul Hoher, Freiherr von Hohengran, sowie den niederösterreichischen Regimentsrat Graf Paul Sixt Trautson, den Geheimen Hofsekretär Johann Georg Koch und den niederösterreichischen Regimentsrat und Landuntermarschall Adam Anthonio Grundemann von Falkenberg, die als kaiserliche Kommissare die Ausweisung der Judenschaft befürworteten, als die eigentlichen Verantwortlichen.<sup>10</sup> Ihre Motive bleiben hingegen unklar.

<sup>7</sup> CONTE GALEAZZO GUALDO PRIORATO: *Historia di Leopoldo Cesare (...)*, Parte Terza. Vienna: G. B. Hacque 1674, S. 720. Zu den übrigen Biographen Leopolds I., die dieses Ereignis erwähnen, siehe RAUSCHER, *Ein dreigeteilter Ort* (wie Anm. 3), S. 100.

<sup>8</sup> WOLFFGANG JACOB GEIGER: *Theatri Europaei Zehender Theil. Das ist: Glaubwürdige Beschreibung Denckwürdiger Geschichte, so sich hie und da in Europa (...)* von dem 1665sten Jahr biß in Anno 1671 denck- und schreibwürdig vorgegangen (...). Frankfurt a. M.: Matthäi Merians sel. Erben 1703, S. 258–260 (1670).

<sup>9</sup> Vgl. RAUSCHER, *Ein dreigeteilter Ort* (wie Anm. 3), S. 100–102, v. a. S. 101, Anm. 93.

<sup>10</sup> Zum Einfluss Hochers (und des Sekretärs Christoph Abele) siehe ADAM WOLF: *Die Hofkammer unter Kaiser Leopold I.*, Sonderdruck aus dem Sitzungsbericht der philos.-histor. Classe der kais. Akademie der Wissenschaften XI (1853). Wien: Hof- und Staatsdruckerei 1853, S. 44f.; DERS.: *Fürst*

Glaubt man Esaias Pufendorf, dem schwedischen Residenten am Kaiserhof, gab es dort drei Parteien, die um die Macht konkurrierten.<sup>11</sup> Der von Abele genannte Hofkanzler Hoher bildete laut Pufendorf das Zentrum einer »Partei« zu der auch der kaiserliche Beichtvater P. Philipp Müller SJ und Christoph Ignaz Abele, der genannte Bruder von Matthias Abele zählten. Abele und Hoher arbeiteten eng zusammen und verfügten über einen direkten Zugang zum Kaiser. Allerdings nannte auch Pufendorf die Kaiserin als Verantwortliche für die Vertreibung.<sup>12</sup> David Kaufmann, von dem die bisher umfangreichste Studie zur Vertreibung der Wiener Juden aus dem Jahr 1889 stammt, machte mit dem ihm eigenen wortgewaltigen Pathos zwar auch Hoher – »der Mann der ›brüllenden Gutachten«, der Henker der ungarischen Freiheit, in dem die Unterwürfigkeit gegen den Kaiser die Menschlichkeit ohne Rest aufgezehrt hatte, gewohnt, mit jedem Worte Schrecken zu verbreiten und das Richtschwert seiner Feder in Blut zu tauchen«<sup>13</sup> –, für die Ausweisung mit verantwortlich, aber auch andere Mitglieder des Kaiserhofs, nicht zuletzt die abergläubische kaiserliche Familie selbst, Vertreter der Kirche und auch die Wiener Bürgerschaft.<sup>14</sup> Nüchterner, aber inhaltlich ähnlich analysierte Max Grunwald die Gründe für die Vertreibung der Wiener Juden: Ihre christlichen Konkurrenten in der Stadt hätten die Stadtverwaltung bewogen, sich wiederholt an den Kaiser zu wenden und um die Ausweisung der Juden zu bitten. Man bezichtigte die Juden allerhand Verbrechen, wie des Verrats an die Türken, und garantierte für die wirtschaftliche Prosperität der Stadt auch nach der Vertreibung. Hinzu kamen auch nach Grunwald »psychische

---

Wenzel Lobkowitz, erster geheimer Rath Leopold's I. 1609–1677. Sein Leben und Wirken. Wien: Wilhelm Braumüller 1869, S. 213–215; JEAN BÉRENGER: Finances et absolutisme autrichien dans la seconde moitié du XVII<sup>e</sup> siècle (Série Sorbonne; 1), Paris: Publications de la Sorbonne 1975, S. 49–52. Zu Hoher und Koch vgl. STEFAN SIENELL: Die Geheime Konferenz unter Kaiser Leopold I. Personelle Strukturen und Methoden zur politischen Entscheidungsfindung am Wiener Hof. Frankfurt a. M. u. a.: Lang 2001 (Beiträge zur Neueren Geschichte Österreichs; 17), S. 136–142 und S. 239–244. Zu Christoph Abele siehe S. 221–233. Weitere Literatur zu den genannten Personen bei RAUSCHER, Ein dreigeteilter Ort (wie Anm. 3), S. 100–102.

<sup>11</sup> THOMAS WINKELBAUER: Ständefreiheit und Fürstenmacht. Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im konfessionellen Zeitalter. Teil 1. Wien: Ueberreuter 2003 (Österreichische Geschichte 1522–1699), S. 185, dort mit weiterer Literatur (Anm. 700).

<sup>12</sup> Ob dies dazu beitrug, dass sich Leopold I. in der Folge nicht mehr umstimmen ließ, kann nicht geklärt werden, auch wenn Pufendorf in seinem Tagebuch notierte, »[d]ann sie [die Kaiserin] hette sich eingebildet, daß sie weder einen Printzen kriegen noch behalten könnte, so lange Juden in der Stadt waren. Voicy la veritable raison de l'éloignement des Juifs.« Tagebucheintrag Juni 1671, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Handschrift weiß 324, fol. 61v, zitiert nach IVO CERMAN: Anti-jewish Superstitions and the Expulsion of the Jews from Vienna in 1670. In: *Judaica Bohemiae* 36 (2000), S. 5–33, Appendix 4, S. 32.

<sup>13</sup> KAUFMANN, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederoesterreich (wie Anm. 2), S. 110.

<sup>14</sup> Ebd., S. 122f. Zum Kaiser und zur Kaiserin: ebd., S. 94–97; zu Leopold Graf Kollonitsch: ebd., S. 114f.

Momente«. Die Unglücksfälle innerhalb der kaiserlichen Familie, die bis dato noch immer ohne Thronfolger war und daher unter großem dynastischen Druck stand, wären von der Geistlichkeit als Strafe für die Duldung der Juden interpretiert worden. Diesem Druck habe Kaiser Leopold schließlich nachgegeben.<sup>15</sup>

Antijüdischer Druck seitens der Stadt Wien, einflussreicher Kreise des Kaiserhofs und schließlich Katastrophen innerhalb der kaiserlichen Familie, die vor dem Hintergrund des weit verbreiteten Antijudaismus interpretiert wurden, waren damit nach Kaufmann und Grunwald die entscheidenden Momente für die Ausweisung der Wiener Juden. Beiden Autoren sind sowohl die Spannungen innerhalb der jüdischen Gemeinde wie auch die Verflechtung einzelner Wiener Juden mit hohen Amtsträgern am Kaiserhof bekannt, die besonders anhand der Akten zu mehreren Untersuchungskommissionen gegen den Wiener Hofjuden Hirschl Mayr und einiger anderen Gemeindeglieder zu rekonstruieren sind. David Kaufmann geht auf die Skandale um Hirschl Mayr ausführlich in Rahmen seiner Schilderung der »Vorgeschichte« der Ausweisung ein, und auch Max Grunwald berichtet – wenn auch nicht im direkten Zusammenhang mit der Vertreibung – von diesen Vorgängen.<sup>16</sup>

Vor wenigen Jahren erschien schließlich unter dem Titel »Anti-Jewish Superstitions and the Expulsion of the Jews from Vienna in 1670« von dem jungen tschechischen Historiker Ivo Cerman eine neue Studie zu diesem Thema.<sup>17</sup> Cerman geht es weniger um die Rekonstruktion der Ereignisse, die zur Vertreibung der Wiener Juden führten, er will vielmehr beweisen, dass der Kaiserhof und die politische Elite der Stadt Wien von antijüdischen Vorurteilen geprägt gewesen sei und daher das Modell eines von Rationalismus geprägten Zivilisationsprozesses, wie es Norbert Elias vertreten habe, nicht haltbar sei. Cermans Ansatz geht deshalb an einer adäquaten Interpretation der Ereignisse vorbei, da er davon ausgeht, dass innerhalb eines – aus heutiger Sicht – »abergläubischen« Weltbilds rationales Handeln nicht möglich sei.<sup>18</sup>

<sup>15</sup> MAX GRUNWALD: Samuel Oppenheimer und sein Kreis (Ein Kapitel aus der Finanzgeschichte Österreichs). Wien, Leipzig: Wilhelm Braumüller 1913 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Deutsch-Österreich; 5), S. 18f.

<sup>16</sup> KAUFMANN, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederoesterreich (wie Anm. 2), S. 48–60, 97–102; zu den Machtkämpfen innerhalb der Gemeinde vgl. auch Kaufmanns Kommentar S. 97, Anm. 2. GRUNWALD, Samuel Oppenheimer und sein Kreis (wie Anm. 15), S. 29–33.

<sup>17</sup> CERMAN, Anti-jewish Superstitions (wie Anm. 12).

<sup>18</sup> Auch die Quellen, auf die sich Cerman z.T. beruft, sind nicht immer korrekt interpretiert. Vgl. den Brief Johann Maximilian Lambers an Pötting, Wien, 1670 Januar 2. Entgegen der Lesung Cermans ist darin nicht von einem »Judische[n] Hahr« die Rede, das angeblich zur Vergiftung eines Wiener Brunnens beigetragen hatte, sondern von einem »indianischen Hahn«. Der Truthahn war mit anderen Tierkadavern in den Brunnen geworfen worden und hatte so zu der Verunreinigung des Wassers beigetragen. Vgl. CERMAN, Anti-Jewish Superstitions (wie Anm. 12), Appendix 3, S. 32. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Staatenabteilung, Spanien varia, Kart. 23 (alt 27), Konv. d, fol. 83r–84v, hier fol. 83v.

## 2 Juden – Kaiserhof – Stadt Wien: Innere und äußere Konfliktlinien

Versuche, die Hintergründe der Vertreibung von 1670 auf eine einfache Formel bringen zu wollen, erscheinen verfehlt. Dies hieße davon auszugehen, dass sich klar voneinander zu unterscheidende Interessen und Interessensgruppen innerhalb der Entscheidungsträger am Kaiserhof rekonstruieren ließen. Das ist jedoch nicht der Fall. Am Kaiserhof wurden zur Behandlung spezifischer Probleme Kommissionen zusammengestellt, deren Berichte Einfluss auf die Entscheidungsfindung des Geheimen Rats bzw. der Geheimen Konferenz als politische Beratungsgremien des Kaisers hatten.<sup>19</sup> Diese Kommissionen setzten sich aus Mitgliedern verschiedener Behörden zusammen, das gleiche galt für den Geheimen Rat selbst, dem die obersten Hofchargen und Vorsitzenden der Ratskollegien angehörten. Die Beziehungen der an der Entscheidungsfindung beteiligten Personen untereinander sowie der einzelnen Behörden waren also höchst komplex, und gerade für die Regierungszeit Leopolds I. wurde bereits von der älteren Forschung betont, wie inhomogen die Führungsschicht am Kaiserhof war.<sup>20</sup>

Auch in der Frage, ob die Wiener und niederösterreichischen Juden vollständig auszuweisen seien, waren sich die Amtsträger am Kaiserhof letztlich offenbar nicht einig. Zwar fehlt ein Protokoll über die Voten der an der Entscheidung beteiligten kaiserlichen Räte, Aussagen des schwedischen Residenten in Wien und die bald nach der Ausweisung entstandenen kritischen Äußerungen der Hofkammer zu den für den Kaiser nachteiligen finanziellen Folgen der Aktion und die Verhandlungen dieser Behörde über eine Rückkehr der Juden, legen einen gewissen Widerstand der Finanzverwaltung nahe.<sup>21</sup> Bereits im Geheimen Rat war es

<sup>19</sup> Vgl. SIENELL, Konferenz (wie Anm. 10), S. 22; S. 361–375; MARK HENGERER: Kaiserhof und Adel in der Mitte des 17. Jahrhunderts. Eine Mikrogeschichte der Macht in der Vormoderne. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft 2004 (Historische Kulturwissenschaft; 3), S. 290–297. Zum Geheimen Rat siehe HENRY FREDERICK SCHWARZ: The Imperial Privy Council in the Seventeenth Century. 2 Bde. Cambridge/Mass.: Harvard University Press 1943 (Harvard Historical Studies; 53), zu Leopold I. Bd 1, S. 143–191; THOMAS FELLNER/HEINRICH KRETSCHMAYR: Die österreichische Zentralverwaltung. I. Abteilung: Von Maximilian I. bis zur Vereinigung der Österreichischen und Böhmisches Hofkanzlei (1749). 1. Bd: Geschichtliche Übersicht. Wien: Holzhausen 1907 (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs; 5), S. 37–60. Zum Einsatz von Kommissionen vgl. OTTO HINTZE: Der Commissarius und seine Bedeutung in der allgemeinen Verwaltungsgeschichte. Eine vergleichende Studie. In: DERS.: Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte. 2. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1962, S. 242–274; am Bsp. des Reichshofrats: EVA ORTLIEB: Im Auftrag des Kaisers. Die kaiserlichen Kommissionen des Reichshofrats und die Regelung von Konflikten im Alten Reich (1637–1657). Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2001 (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich; 38). S. 1–3.

<sup>20</sup> WOLF, Fürst Wenzel Lobkowitz (wie Anm. 10), S. 68–77; Siennell, Konferenz (wie Anm. 10), S. 53.

<sup>21</sup> KAUFMANN, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederoesterreich (wie Anm. 2), S. 135. Vgl. das Gutachten der Hofkammer vom Sommer 1673 bei PRIBRAM, Urkunden und Akten zur

offensichtlich zu Meinungsverschiedenheiten gekommen, da »etlicher Herrn geheimen Räte Stimmen dahin gegangen, daß man diese Sach mit der Hofcammer und der königlichen böhmischen Canzley wegen der pragerischen Judenschaft, welche ihre Bleibens halber absonderliche assecurationes hetten, conferiren sollte«. <sup>22</sup> Wahrscheinlich war, entweder, wie Kaufmann mutmaßte, von der Unterbringung der österreichischen Juden in Böhmen und Mähren, oder von einer möglichen Ausweisung der Juden auch aus den böhmischen Ländern die Rede gewesen, weshalb auf die besonderen Rechte der Prager Judenschaft verwiesen wurde. Die Meinungsverschiedenheiten im Rat veranlassten schließlich sogar den Kaiser zum Eingreifen. Wenn davon ausgegangen werden kann, dass ein Teil der Räte eine Entscheidung durch weitere Gutachten hinausschieben wollte, muss nach deren Motiven gefragt werden. Wie im Fall der Befürworter der Ausweisung können zwar grundsätzliche Beweggründe – hier religiös motivierte Judenfeindschaft, dort Einsicht in die Nützlichkeit der Juden für die kaiserlichen Finanzen – angenommen werden. Mindestens ebenso berechtigt ist freilich die Frage, ob zwischen Wiener Juden und Amtsträgern am Kaiserhof Klientelbeziehungen bestanden, oder, mit anderen Worten, ob es für manche Räte ein handfestes Eigeninteresse gab, eine Ausweisung der Juden zu verhindern.

Welche Rolle spielten die Wiener Juden am Hof? Inwieweit waren sie in dieses System eingebunden? Auch die Wiener Judenschaft bildete, und dies wurde von der bisherigen Forschung trotz einiger Hinweise bei Kaufmann insgesamt viel zu wenig betont, keine Einheit, sondern war in unterschiedliche Familien und Klientelsysteme gespalten. Die Wiener Juden waren in keiner Weise Mitglieder der Hofgesellschaft, ihre Verbindungen zur kaiserlichen Hofhaltung waren in erster Linie geschäftlicher Natur. Dies gilt auch für ihre Beziehungen zu einzelnen Mitgliedern des Hofes. Während es die überlieferten Quellen erlauben, die Geschäftsbeziehungen zwischen den Wiener Juden und dem Kaiser relativ leicht zu rekonstruieren, sind die Kontakte zu einzelnen Mitgliedern des Hofstaats allerdings sehr viel schwieriger nachzuweisen. Hier ist man in erster Linie auf die Überlieferungen in Adels- oder Herrschaftsarchiven angewiesen, die in der Regel

---

Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2). Laut Wertheimer hatte sich der Vizepräsident der Hofkammer und Statthalter von Niederösterreich Johann Quintin Graf Jörger offen gegen die Ausweisung ausgesprochen. [JOSEPH WERTHEIMER, anonym]: Die Juden in Oesterreich. Vom Standpunkte der Geschichte, des Rechts und des Staatsvortheils. Bd 1. Leipzig: Mayer und Wigand 1842, S. 128; PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), S. 223, Anm. 6. Generell zur Hofkammer siehe HANSDIETER KÖRBL: Die Hofkammer unter Leopold I. Aufgaben, Struktur und Arbeitsweise einer Hofbehörde der Barockzeit. Wien: Ungedr. Dipl. Arbeit 2005.

<sup>22</sup> Beschließung der Ausweisung, 1669 Juni 19. In: PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), Nr 115/IV, S. 222f.; KAUFMANN, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederoesterreich (wie Anm. 2), S. 110.

wesentlich lückenhafter und schwerer zugänglich sind, als die in den staatlichen Archiven aufbewahrten Akten der kaiserlichen Verwaltung. Die ökonomischen Kontakte zwischen Wiener Juden und Mitgliedern des Hofadels können wir daher nicht mehr auch nur annähernd rekonstruieren, so dass es unmöglich ist festzustellen, zu welchen Funktionsträgern am Kaiserhof besonders enge geschäftliche Verbindungen bestanden und zu welchen es keine solchen Beziehungen gab. Auch die neuesten detailreichen Untersuchungen zum Adel am Kaiserhof geben uns darüber keinerlei Auskunft.<sup>23</sup>

In ihrer Gesamtheit trat die Wiener Judenschaft gegenüber der Obrigkeit regelmäßig vor allem in zwei Fällen auf: bei der Erteilung und Bestätigung ihrer Privilegien einerseits und bei der Steuerleistung andererseits. Da der Kaiser ein erhebliches fiskalisches Interesse an den Wiener Juden hatte, war die ordentliche Abführung der Steuern ein sensibles Terrain, auf dem der Hof auch nicht davor zurückschreckte, mit Ausweisung zu drohen. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts kam es auf diesem Gebiet zu einigen Irritationen, die im Jahr 1648 erstmals eine behördliche Überprüfung die Steuerverwaltung der Wiener Judenschaft zur Folge hatten. Maßgeblich daran beteiligt war der Hofkammerdiener Karl Damian, der sich in diesem Zusammenhang mehrmals über den Einfluss der Juden am Kaiserhof äußerte. Die Juden verkündeten öffentlich, so Damian, dass »sie etliche große Herren, die sie favorieren, bei Hof haben und diese Inquisition ihrer Judenbücher mit Geld und Geschenken zu hintertreiben sich getrauen«.<sup>24</sup> Durch informelle Kontakte der Wiener Juden zu »hohen Herrn am Kaiserhof«, deren Gunst durch Geld und Geschenke erworben wurde, sollte also – nach Angaben des Hofkammerdieners – die Überprüfung der Steuerbücher verhindert werden. Von wem in der Judenstadt diese Beziehungen ausgingen und zu wem am Kaiserhof sie führten, ist nicht bekannt. Die Steuerprüfung, die letztendlich nicht verhindert werden konnte, brachte eine Schuld von 42.000 fl. zu Tage. Gerade diese Steuerschulden der Wiener Judenschaft, die bis 1669 nicht abgetragen wurden, sah der Historiker und Archivar der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, Leopold Moses, als mitentscheidend für die Vertreibung der Juden aus Wien an.<sup>25</sup> Plausibel erscheint diese Argumentation freilich nicht, da das Thema »Steuerschuld« in den Gutachten für die Ausweisung keine große Rolle spielte und die Befürworter der Vertreibung im Gegenteil versuchten, die finanziellen Nachteile einer Vertreibung

<sup>23</sup> HENGERER, Kaiserhof und Adel (wie Anm. 19).

<sup>24</sup> Bericht der Inquisitionskommission gegen Hirschl Mayr an die Geheimen und deputierten Räte, Wien, 1657 September 13. Hofkammerarchiv Wien, Niederösterreichische Kammer, Akten, rote Nr 342, Konv. Juni, Nr 3, fol. 10r–v.

<sup>25</sup> LEOPOLD MOSES: Neue Ergebnisse der jüdischen Geschichtsforschung in Österreich. In: DERS., Spaziergänge. Studien und Skizzen zur Geschichte der Juden in Österreich. Hg. von PATRICIA STEINES. Wien: Löcker 1994, S. 268–283, hier S. 279.



für den Kaiser möglichst gering erscheinen zu lassen. Die Stadt Wien versprach daher die ausfallenden Zahlungen der Juden selbst zu übernehmen.

Einen näheren Einblick in das Agieren von Juden am Kaiserhof und die Verbindungen zwischen Judenstadt und Hofkreisen geben Akten, die im Zuge eines Prozesses gegen den Steuerpächter der niederösterreichischen Landjuden, den Wiener Hofjuden Hirschl Mayr entstanden. Hirschl Mayr war sowohl zu Lebzeiten als auch in der Historiographie die wohl umstrittenste Gestalt der Wiener Judenschaft. Für Gerson Wolf scheint er »eine abgefeimte Persönlichkeit gewesen zu sein«, der »an die alten römischen Zöllner [erinnert], denen der Talmud die ewige Seligkeit abspricht«. David Kaufmann sah in Hirschl einen lächerlichen, unheilstiftenden Machthaber des Wiener Ghettos: »[D]er Büttel des Hofmarschallamts, der Sklave der Hofkammer geberdete sich den ihm Ausgelieferten gegenüber als Gewalthaber, als Pascha«. <sup>26</sup> Einen wesentlichen Grund für diese abschätzig Beurteilung stellten also die anscheinend zum Teil blendenden Beziehungen Hirschl Mayrs zum Kaiserhof dar, die er offenbar trefflich auszunutzen verstand. Hirschl, höchstwahrscheinlich der Sohn eines Wiener Hofjuden, spielte erstmals in der Affäre um die Ermordung der Jüdin Eleonore eine Rolle, die 1651 auf offener Straße von einem unbekanntem Reiter erschossen wurde. Eleonore hatte finanzielle Unregelmäßigkeiten innerhalb der jüdischen Gemeinde bei den kaiserlichen Behörden angezeigt und war wohl in diesem Zusammenhang ermordet worden. Nach der Tat hatte Hirschl, zu dessen Klientel Eleonore vielleicht gezählt hatte, die anderen Vorstände beim Kaiserhof als Täter denunziert, ohne dass Beweise gefunden werden konnten. Die zunächst festgenommenen Verdächtigen mussten rasch wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Wegen seiner Kooperation mit der Obrigkeit hatte sich Hirschl Mayr bei Teilen der Wiener Judenschaft äußerst unbeliebt gemacht. Wohl deshalb wurde er vom Kaiser von der jüdischen Gerichtsbarkeit vollständig befreit und in ausnahmslos allen Fällen unmittelbar dem Obersthofmarschallamt unterstellt. Ab 1653 fungierte er als gefürchteter Pächter der Steuern der niederösterreichischen Landjudenschaft, fiel aber offenbar nach dem Tod Ferdinands III. in Ungnade. Jedenfalls begann sich kurze Zeit nach dem Tod des Kaisers auf Befehl von dessen Nachfolger Leopold I. eine Untersuchungskommission mit seiner Tätigkeit als Steuereinnahmer zu beschäftigen, wobei man ihm Betrug am Kaiser vorwarf. Dass die Untersuchung gegen Hirschl direkt nach dem Tod eines Kaisers begann, nach dem sich das Machtgefüge am Hof änderte und neue Personen einflussreiche

<sup>26</sup> GERSON WOLF: Die Juden in der Leopoldstadt im 17. Jahrhundert. Wien: Herzfeld und Bauer 1864, S. 33f.; KAUFMANN, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederoesterreich (wie Anm. 2), S. 48. Vgl. PETER RAUSCHER: Langenlois – לנגן Eine jüdische Landgemeinde in Niederösterreich im Zeitalter des Dreißigjährigen Kriegs. Horn, Waidhofen an der Thaya: Waldviertler Heimatbund 2004 (Schriftenreihe des Waldviertler Heimatbundes; 44), S. 117.

Posten übernehmen, ist ein Indiz dafür, dass Hirschl zu wichtigen Amtsträgern des verstorbenen Kaisers gute Beziehungen unterhalten hatte. Auch viele Umstände der Affäre deuten darauf hin, dass Hirschl Mayr enge Kontakte zu einigen einflussreichen Mitgliedern des Hofes besaß. Bereits zu Beginn der Untersuchung wurde gefordert, dass der Leiter der Kommission direkt dem Kaiser unterstellt werden sollte, und auf die Gefahr hingewiesen, wichtige Mitglieder des Hofes könnten das Verfahren behindern. So stellte die mit der Untersuchung der Angelegenheit betraute Kommission Folgendes fest: »Was aber dieser Jude [= Hirschl Mayr] für Freunde und Patrone hat, ist nicht nötig zu erzählen, was für eine Autorität und fast unbeschreibliche Furcht er unter den Juden sowohl hier [in Wien] als auch auf dem Land hatte, geben die Zeugenaussagen genügend zu vernehmen«. <sup>27</sup>

Für Hirschls Kontakte spricht auch, dass er nach seiner Verhaftung seine Ehefrau an den Kaiserhof schickte, der sich in Prag und Frankfurt aufhielt, um dort seine Interessen zu vertreten. Es gelang Hirschl Mayr, eine Neubesetzung der gegen ihn eingesetzten Untersuchungskommission durchzusetzen, der ranghohe Mitglieder des Kaiserhofs angehörten, und die tatsächlich die Ermittlungen bald einstellte.

Auch in den folgenden Jahren beschäftigte Hirschl die kaiserlichen Behörden und bot zusammen mit drei weiteren Juden namens Ascherl, Moises Schlesinger und dem Gemeinbeschreiber Veit Munk Ende der 1660er-Jahre Anlass für eine erneute Untersuchungskommission. <sup>28</sup> Sie sollte schließlich zur Ausweisung aller Juden aus Wien und Niederösterreich entscheidend beitragen, indem sie in ihren Berichten die Vorzüge einer solchen Maßnahme stark herausstrich. <sup>29</sup> Trotz der äußerst negativen Bewertung Hirschl Mayrs durch diese Kommission, weist auch sie in einem Gutachten aus dem Jahr 1669 auf die allem Anschein nach blendenden Kenntnisse über die Verhältnisse am Kaiserhof hin, über die Hirschl verfügte und der er sich offenbar zu bedienen wusste: »Es seind auch der Commission

<sup>27</sup> Bericht der Inquisitionscommission gegen Hirschl Mayr an die Geheimen und deputierten Räte, Wien, 1657 September 13, Hofkammerarchiv Wien, Niederösterreichische Kammer, Akten, rote Nr 342, Konv. Juni, Nr 5 und Nr 3, fol. 10r–v; RAUSCHER, Langenlois (wie Anm. 26), S. 121f.; GRUNWALD, Samuel Oppenheimer und sein Kreis (wie Anm. 15), S. 32.

<sup>28</sup> KAUFMANN, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederoesterreich (wie Anm. 2), S. 97–104. Vgl. den Bericht der Kommission, 1669 s.d. In: PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), Nr 115/III, S. 213–222, hier S. 213–217, zu den drei Mitbeschuldigten S. 216f.

<sup>29</sup> »Thatsächlich hatte der Kaiser seine Entscheidung von dem Gutachten der mit dem Prozesse Hirschel Meyers beschäftigten landesfürstlichen Inquisitionscommission abhängig gemacht, die sich jetzt auf einmal unter der Hand in eine zur Ausschaffung der Juden deputirte Commission verwandelte.« Zu deren Gutachten siehe PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), Nr 115/I–III, S. 197–222.

bey fernerer Erwegung der bevorstehenden Relegation [gemeint ist die geplante Ausweisung Hirschls; P. R.] diese Bedencken vorgefallen, daß der Böswicht vor allen andern Juden eine vollkommene Erfahrungheit der Cräften des Lands und eine sonderbare notitiam des Hofes, militiae-, camerae- und Justizsachen habe, auch von so eingewurzelter Bosheit, Arglist, rachgierigen Gemüeth und Übermueth seye, dass vil Ubl- und Schändliches von ihme zu befahren, maßen er auch sogar in dieser leztern Cridacommission, da er nur ein wenig Luft gewonnen, sich nicht allein gegen seine Creditorn sondern auch gegen seinen Verfolgern betrohlich vernehmen lassen, die christlichen und zwar vornehme Kaufleuth aus der Niderlag sogar vor der Commission mit schimpflichen und injuriosen Anzügen tractiert, ja der Commission selbst den Respect verlohren; zudem er sich seinen eignen Vorgeben nach fürchtet, da er außer Lands geschafft, seines Lebens nicht sicher zu sein, welches auch darumben leicht zu vermuethen ist, weil er sovil Juden umb das Ihrige gebracht, theils andern nach dem Leben gestrebt und alle insgesamt tyrannisch beherrschet hat. Und ob er zwar vilfältig die Commission insgesamt und sonders behelligt mit Vorwendung, wichtige, E. M. Dienst betreffende Sachen zu entdecken, so ist doch niemalen etwas anders als Ausflucht, Aufzüge und inventiones, sich aus gegenwärtigen Labyrinth auszuwürcken und also nur sein eigne, gar nicht aber einiges cameral- oder publicum Interesse herfürkommen; gleichwolten, weil die Commission vernimmt, es werden etliche dieser Einbildung, samb thäten noch einige Wissenschaften und Geheimbnussen in ihme stecken, so wurde auch auf solchen Fall besser sein, denselben, wann sich gleich E. M. auf die Generalausstaffung der Juden resolviren wollten, noch in Gewalt zu haben, als völlig aus Dero Erbkönigreich- und Ländern dermalen zu relegiren; er were aber mit nichten länger alhier in der Statt zu lassen, zuemalen er das Hauptwerk und jezige guete Anstalten, so dem gemeinen Weesen zum Besten angesehen, durch seine Practiken, die er bishero meisterlich gespielt, vermuethlich vil verhindern wurde.«<sup>30</sup>

Am Beispiel der Person Hirschl Mayrs kann mehreres gezeigt werden: Wie verschiedene Seiten betonen, verfügte Hirschl nicht nur über brisante Informationen aus der habsburgischen Verwaltung, sondern offenbar auch über intensive Kontakte zum Kaiserhof, so dass er die Spielregeln des Hofes kannte und sogar gegenüber kaiserlichen Räten selbstbewusst auftreten konnte. Ebenfalls stimmen mehrere Quellen darin überein, dass Hirschl innerhalb der Wiener Judenschaft großen Einfluss ausübte, den er so stark zu seinem eigenen Vorteil ausnutzte, dass er um sein Leben fürchten musste. Völlig isoliert war er hingegen nicht, sondern konnte auf familiäre Netzwerke in Wien und verfügte, wie nicht nur die

<sup>30</sup> Bericht der Kommission, 1669 s.d. (wie Anm. 21). In: PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), Nr 115/III, S. 213–222, hier S. 215f.

Namen seiner Mitangeklagten im Jahr 1669 belegen, mit großer Wahrscheinlichkeit auch über ein Klientensystem, das über den engsten verwandtschaftlichen Rahmen hinausging.

Tatsächlich gelang es Hirschl Mayr noch 1669, trotz schwerwiegender Anschuldigungen seine eigene Ausweisung zunächst noch zu verhindern, er musste sogar erst nachdem die Entscheidung, alle Juden auszuweisen, Wien verlassen. Und bereits 1673 war wiederum er es, der die Verhandlungen mit kaiserlichen Amtsträgern über eine Rückkehr der Wiener Juden aufnahm.<sup>31</sup> Die innerjüdischen Konflikte sowie die Verbindungen der Konfliktparteien mit einzelnen Gruppierungen am Kaiserhof hatten – zumindest nach Aussagen Hirschls – auch in der Zwischenzeit nicht aufgehört: Wie er behauptete, wurde er an seinem neuen Aufenthaltsort in Böhmen auch weiterhin von seinen alten Gegnern unter den Wiener Juden, Markus Wenzel und Simon Perlheffer, verfolgt, die in Kontakt mit dem Bischof Kollonitsch, einem der wesentlichen Protagonisten der Ausweisung, stünden.<sup>32</sup>

Die Untersuchung gegen Hirschl Mayr und die Verhandlungen über die Rückkehr der Wiener Juden machen deutlich, dass eine einfache Gegenüberstellung hier Juden, dort Kaiserhof und da Stadt ein viel zu einfaches Modell ist, um die Hintergründe der Ausweisung von 1670 zu beschreiben. Angesichts der Rivalitäten zwischen den kaiserlichen Räten, die 1669 in den Sturz des führenden kaiserlichen Rats und Obersthofmeisters Fürst Johann Weikhard von Auersperg münden sollten, der zeitgleichen »Magnatenverschwörung« führender Vertreter des ungarischen, kroatischen und auch innerösterreichischen Adels, die in den Hinrichtungen Peter Zrinskis, Franz Christoph Frankopans und Franz Nádasdys am 30. April 1670 in Wiener Neustadt und des Grafen Johann Erasmus Tattenbach am 1. Dezember 1671 in Graz ihren Höhepunkt erreichte, war die Regierung Leopolds I. um 1670 mit großen Schwierigkeiten konfrontiert.<sup>33</sup> Hofkanzler Hoher und der Sekretär Christoph Abele waren beide an den Strafaktionen des Kaiserhofes im Zuge der »Magnatenverschwörung« an zentraler Position beteiligt. Ebenfalls 1670 untersuchte eine Kommission die Geschäftsführung des korrupten Hofkammerpräsidenten Georg Ludwig von Sinzendorf, an der Fürst Wenzel Eusebius Lobkowitz, ein Gegner Sinzendorfs und aufstrebender führender Rat des Kaisers, eine wichtige Rolle spielte.<sup>34</sup> Die Krise beschränkte sich also

<sup>31</sup> WOLF, Die Juden in der Leopoldstadt im 17. Jahrhundert (wie Anm. 26), S. 60f. und Beilage XII, S. 97–109; PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), Nr. 118, S. 257–265; RAUSCHER, Ein dreigeteilter Ort (wie Anm. 3), S. 102.

<sup>32</sup> RAUSCHER, Ein dreigeteilter Ort (wie Anm. 3), S. 102.

<sup>33</sup> Zu den Vorgängen vgl. WINKELBAUER, Ständefreiheit und Fürstenmacht (wie Anm. 11), S. 151–161, dort mit der älteren Literatur.

<sup>34</sup> WOLF, Fürst Wenzel Lobkowitz (wie Anm. 10), S. 230–234; WOLF, Die Hofkammer unter Kaiser Leopold I. (wie Anm. 10), S. 39–41; BÉRENGER, Finances (wie Anm. 10), S. 45–48.

keineswegs allein auf die kaiserliche Familie, vielmehr war das gesamte Regierungssystem Leopolds I. in den Jahren um 1670 in Unordnung geraten. In diesem Kontext ist nicht nur, wie dies in der Forschung immer wieder betont wird, von sich bekämpfenden Parteiungen am Kaiserhof auszugehen, sondern vor allem auch von unterschiedlichen konkurrierenden Gruppen innerhalb der Wiener Judentenschaft selbst. Nicht nur über diese rivalisierenden Parteien sind wir schlecht informiert, auch über die innergemeindlichen Auswirkungen der messianischen Bewegung Sabbatai Zewis Mitte der 1660er-Jahre und damit auch über einen möglichen religiösen Dissens liegen nur wenige Nachrichten vor. Das gleiche gilt für die Gemeindeverwaltung. Hier wurden im Zusammenhang mit der Abwicklung der Wiener Gemeinde gegenüber ihrem Vorsteher Juda Pollak Stimmen laut, die ihm vorwarfen, das Gemeindevermögen nicht ordentlich zu verwalten, sondern sich selbst daran zu bereichern. Folge dieser Anschuldigungen war eine Klage vor dem Judentag im mährischen Göding (Hodonín), wo Juda Pollak allerdings ordnungsgemäße Abrechnungen vorlegen konnte und frei gesprochen wurde.<sup>35</sup> Die große Schwierigkeit für die historische Forschung besteht darin, dass über die »innere Situation«<sup>36</sup> der Wiener Juden wenig bekannt ist, und kaum Quellen vorhanden sind, um sie zu erforschen. Ob und inwiefern die gemeindeinternen Spannungen ein erfolgreicherer Vorgehen gegen die Ausweisungsbestrebungen behinderten, kann somit nicht abgeschätzt werden.

Am einfachsten rekonstruierbar erscheint die Interessenslage der Stadt Wien. Sie war es, die bereits in den 1620er Jahren durch ihre Proteste die Juden aus der Stadt gedrängt und den Anstoß zur Errichtung des Ghettos außerhalb der Stadtmauern gegeben hatte, und auch in den folgenden Jahrzehnten immer wieder eine prononciert antijüdische Politik verfolgte.<sup>37</sup> Der Hauptgrund lag – neben der auch in städtischen Kreisen vorherrschenden prinzipiellen Judenfeindschaft und der Tatsache, dass die Steuern der Juden hauptsächlich in die kaiserlichen, nicht in die städtischen Kassen flossen – in der ökonomischen Konkurrenzsituation zwischen wichtigen Gruppen der städtischen Gesellschaft und den Juden.

---

<sup>35</sup> MAJER BALABAN: Das letzte Dokument der 1670 vertriebenen Wiener Judengemeinde. In: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 4 (1932), S. 1–11, hier S. 6–11. Zum Vorsteheramt Pollaks siehe KAUFMANN, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederoesterreich (wie Anm. 2), S. 139; PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), Nr 115/XXVIII: Schätzung der Judenhäuser, S. 250–253, hier S. 251, Nr 27.

<sup>36</sup> STEFAN ROHRBACHER: Stadt und Land: Zur »inneren« Situation der süd- und westdeutschen Juden in der Frühneuzeit. In: MONIKA RICHARZ/REINHARD RÜRUP (Hg.): Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte. Tübingen: Mohr Siebeck 1997 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts; 56), S. 37–58.

<sup>37</sup> Supplikation von Bürgermeister und Rat der Stadt Wien um Ausweisung der Juden, [1669]. In: PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), S. 208–210; RAUSCHER, Ein dreigeteilter Ort (wie Anm. 3) S. 102–109, dort mit weiterer Literatur.

Nach verschiedenen Aussagen waren es die Krämer und Handelsleute, die den Juden, die zwar nicht in der Stadt wohnen, dort aber ihren Geschäften nachgehen durften, am feindlichsten gesonnen waren und sich von ihrer Vertreibung am meisten erhofften.<sup>38</sup> Wohl nicht nur wegen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, sondern auch wegen ihrer besonderen Interessen erklärten sich die Handelsleute und Krämer bereit, von insgesamt 4810 fl., die die Stadt zu übernehmen bereit wäre, im Falle einer Vertreibung der Juden 3000 fl. zu zahlen. Nach den Kaufleuten folgten die Schneider mit 500 fl. und die Kürschner und Tändler mit jeweils höchstens 150 fl. Die Beträge aller anderer zwanzig verzeichneten Berufsgruppen beliefen sich auf höchstens 100 fl., lagen aber meist deutlich unter dieser Summe.<sup>39</sup> Darauf, dass bei der antijüdischen Politik der Stadt Wien vor allem die Interessen der Kaufmannschaft verfolgt worden waren, deuten auch die kritischen Stimmen im Rat selbst hin, wie sie zumindest die Hofkammer an den Kaiser berichtete. Es gebe bereits großes Gemurre in der Stadt, dass der Rat mit der Übernahme der jährlichen Toleranzgelder der Juden schlecht gewirtschaftet habe, und es hätten sogar »etliche des Raths selbsten Unlengst in der Commissionstuben beklagt, daß Sie mit grossen Versprechen, die ihnen nit gehalten wurden, sich umb die Judenstatt und toleranzgelder anzunehmen, bewogen worden.«<sup>40</sup>

Das Zusammentreffen von inneren Krisen der Judenschaft, eine religiös-antijüdische Stimmung in einflussreichen Hofkreisen inklusive der kaiserlichen Familie selbst sowie die Versprechungen der Wiener Kaufmannschaft gegenüber anderen Mitgliedern der städtischen Eliten und gegenüber dem Kaiserhof, die ausfallenden Abgaben der Juden zu übernehmen, waren Faktoren, die für die Ausweisung eine Rolle spielten. Mit dieser Konstellation stellte die Vertreibung der Wiener Juden keinen Sonderfall dar. Bereits die ältere Forschung hatte betont, dass sich jüdisches Leben im Spannungsverhältnis zwischen fiskalischen Interessen der Obrigkeit und ökonomischer Konkurrenz mit christlichen Kaufleuten und Handwerkern abspielte. Dazu gehört auch der Befund, dass »die herrschaftli-

<sup>38</sup> Gutachten der Hofkammer [1673], abgedruckt in: WOLF, Die Juden in der Leopoldstadt im 17. Jahrhundert (wie Anm. 26), Beilage XII, S. 97–109, hier S. 102: »5. haben die von Wien oder viell mehr nur etliche auß ihnen, sich stark bemühet, die Juden forth zu treiben, welches re ipsa nur ein privatum et proprium interese etlicher Handeslleuth und Kramer gewesen, von denen man anfänglich viell geschrey gemacht, als ob Sie allein alles geben und ersetzen würden, waß durch die Judenschaft entgangen. Man hat aber bishero wahrgenommen, daß Sie zwar Ihre wahren statlich gestaigert, und wenig oder nichts zugetragen, sondern den Last auf andere gewelzt haben.«; PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), Nr 118/I, S. 257–261, hier S. 259; BROWN, Reise (wie Anm. 4), S. 268.

<sup>39</sup> RAUSCHER, Ein dreigeteilter Ort (wie Anm. 3), S. 105.

<sup>40</sup> Gutachten der Hofkammer (wie Anm. 38), S. 100. Da in Wien die Protokollbücher der Ratssitzungen nicht überliefert sind, sind Aussagen über die Entscheidungsfindung im Stadtrat nicht möglich.

chen Entscheidungsträger zum größten Teil die antijüdischen Stereotype der christlichen Untertanenschaft teilten«. <sup>41</sup>

### 3 Ein Willkürakt? *Antijüdische Polemik und die Politik der Wiener Juden*

Die Vermengung von einzelnen Interessenslagen macht eine Erklärung der Vertreibung allein durch einen emotionalen Willkürakt seitens des durch seine abergläubische Frau beeinflussten Kaisers wenig plausibel. Gegen eine solche Erklärung spricht auch, dass sich die Verhandlungen über einen längeren Zeitraum hinzogen, so dass keinesfalls von einer unüberlegten Vorgehensweise gesprochen werden kann. Ausgangspunkt der Arbeit der kaiserlichen Kommission war tatsächlich die Untersuchung um Hirschl Mayr. Freilich – und dies stellte bereits David Kaufmann fest – erweiterte der Kaiser im August 1668 den Auftrag der Kommission auf die Frage, »ob die Reduction der Judenschaft practiciert und ob der Judenschaft uncorrigirlicher Bösheit hierdurch gesteuert werden könnte oder nicht«? <sup>42</sup> Ob allein diese Suggestivfrage für die folgenden antijüdischen Gutachten der Kommission, die damit den herrscherlichen Willen zu erfüllen glaubte, ausreichte, muss offen bleiben. Kein Zweifel kann jedoch darin bestehen, dass die Kommission in der Folgezeit alles daran setzte, evtl. noch bestehende Skrupel Leopolds I. auszuräumen. In einem Gutachten, in dem der Fall Hirschl Mayrs nur noch ganz am Rande behandelt wird, argumentiert die Kommission mit unterschiedlichen Interessen gegen einen weiteren Aufenthalt der Juden in Wien. Unter dem Titel »Interesse divinum« werden die religiösen Gründe für eine Vertreibung diskutiert: die Juden seien »die größten Feind und Widersacher des christlichen Volcks und Glaubens« und ihre Zeremonien »denen christlichen zuwider und ein gänzlichcs Gegenspil«. <sup>43</sup> Im weiteren wird das gesamte Arsenal antijüdischer Stereotype vorgebracht, angefangen von der Brunnenvergiftung, über Ritualmorde, antichristlicher Lehren, Vertuschung von Missetaten gegen

<sup>41</sup> Vgl. JOHANNES MORDSTEIN: Selbstbewußte Untertänigkeit. Obrigkeit und Judengemeinden im Spiegel der Judenschutzbriefe der Grafschaft Oettingen 1637–1806. Epfendorf: bibliotheca academica 2005 (Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft; Reihe 11: Quellen und Darstellungen zur jüdischen Geschichte Schwabens; Bd 2), S. 197, dort auch mit ausführlichen Literaturhinweisen.

<sup>42</sup> Das kaiserliche Reskript ist nicht erhalten, sondern nur der Bericht der Kommission, in dem auf das kaiserliche Schreiben bezug genommen wird. PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), Nr 115/III, S. 213–222, Zitat S. 213f.

<sup>43</sup> Votum der Inquisitionshofkommission an den Kaiser, [1669]. In: PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), Nr 115/I, S. 197–208, Zitate S. 197.

Christen, Gotteslästerung und Blutschande<sup>44</sup>, Kirchenraub, Veruntreuung von Verlassenschaften und Kuppelei.

Im Gegensatz zu den religiösen Argumenten fällt die Diskussion der landesfürstlichen Interessen (*Interesse principis camerale*) relativ schwach aus. Verwiesen wird darauf, dass in vielen Ländern Juden nicht geduldet würden, sie sich aber in Wien auf 3.000 Personen vermehrt und auf dem Land in über fünfzig Ortschaften niedergelassen hätten. Während ihre Steuerleistungen sehr gering seien, schadeten sie durch vielfältige Betrügereien der Wirtschaft. In diesem Punkt wird auf eine beiliegende Bittschrift der Stadt Wien um Ausweisung der Juden verwiesen, eine Tatsache, die darauf schließen lässt, dass die Stadt ihr Vorgehen mit dem der Kommission abgestimmt hatte. Das politische und öffentliche Interesse (*Interesse politicum*) würde durch die Juden dadurch beeinträchtigt, dass sie die obrigkeitliche Justiz schädigen und für den türkischen »Erbfeind« spionieren würden. Wegen ihres Zutritts in zahlreiche Häuser würden die Juden auch über private Geheimnisse verfügen und diese unter anderem zu Räubereien nutzen. Die Interessen des Landes (*Interesse provinciae*) würden durch die Tuchlieferungen der Juden für die landständischen Truppen an der »Türkengrenze« in Mitleidenschaft gezogen, die zur Folge hätten, dass die Juden Gewinn machen würden, die Soldaten aber leiden müssten. Die Landbewohner wären nicht nur wegen der Vermehrung der Juden betroffen, sondern sie würden auch um ihre Häuser, Gründe und Weingärten gebracht. Die Juden unterdrückten außerdem die Christen, indem sie Mauten und Wirtschaftsgüter pachteten und brutal über ihre christlichen Dienstleute und Untertanen herrschten und sie auch zur Annahme neuer Bräuche verführten. Durch das Hausieren und Schachern der Juden würden außerdem die Handwerker der verarmten Städte geschädigt. Nicht nur die Untertanen, sondern auch der Adel werde durch die Geschäfte der Juden um sein Hab und Gut gebracht, indem er sich zu Krediten verleiten lasse. Besonders Frauen seien wegen der vorgeblich günstigen Konditionen in der Pfandleihe gefährdet Schulden zu machen. Diese Geschäfte und das Einmischen der Juden sogar in Heiratsverträge würden außerdem zu Streitigkeiten innerhalb der Adelsfamilien führen, so dass eine Ausweisung auch in ihrem Interesse (*Interesse nobilitatis*) läge. Das gleiche gelte, so das Votum weiter, für die Stadt Wien und ihre Kaufmannschaft (*Interesse civitatis Viennensis et mercatorum*), deren ökonomische Interessen durch die Handelstätigkeit der Juden, die auch am verbreiteten Diebstahl zumindest mitbeteiligt seien und Wucher und Fürkauf betrieben, er-

<sup>44</sup> »Nicht weniger thun sie mit jamerlicher Gottlästerung gegen Christum, unsere liebe Frauen und die lieben Heiligen ihre Gemüether erküelen und lassen sich durch so vielfältige Abstrafungen davon nicht abhalten, sondern das wenigsts under ihnen stäts üeben; wie sie dan auch bey fleischlicher Vermischung mit denen Christinen nicht allein die Üeppigkeiten, sonder auch dabey die Contaminier- und Verschimpfung des Christenbluets zu öftern intentirn.« Ebd., S. 199.



heblich beeinträchtigt. Die Juden seien außerdem wegen des Herumtragens ihrer Lumpen für Infektionen verantwortlich und hätten sich unter anderem in die Ämterbesetzung der Stadt eingemischt.

In einem weiteren ausführlichen Abschnitt wird schließlich konstatiert, dass die Juden ihre Polizeiordnung in keinem Punkt einhalten würden und auf die Unregelmäßigkeiten der Steuerabrechnungen hingewiesen. Abschließend werden mehrere Argumente, die vor allem die ökonomischen Nützlichkeit der Juden betonten und daher für ihren Verbleib sprechen könnten, entkräftet.

Die Gutachten der Kommission hatten zumindest zur Folge, dass Leopold I. von der Notwendigkeit einer vollständigen Ausweisung der Wiener und niederösterreichischen Juden bestärkt wurde. In beiden Sitzungen des Geheimen Rats, zunächst als am 19. Juni 1669 die Ausweisung beschlossen wurde, und dann am 25. Februar 1670, als noch einmal über die Bekanntgabe des Ausweisungsbefehls beraten wurde, forcierte der Kaiser persönlich eine Entscheidung zu Ungunsten der Judenschaft.<sup>45</sup>

Während lange Zeit in der Geschichtswissenschaft Juden in der Regel als passive Opfer obrigkeitlicher Willkür dargestellt wurden, nehmen jüngere Forschungen eine modifiziertere Sichtweise ein und betonen eine aktive »politische« Rolle von Juden.<sup>46</sup> Im Lichte der Infragestellung des Absolutismusparadigmas und die in den letzten Jahrzehnten vollzogene Neubewertung des Agierens christlicher Untertanen im Konfliktfall mit ihrer Obrigkeit beispielsweise vor Gericht liegt die Erkenntnis, dass auch Juden die ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsspielräume zur Durchsetzung ihrer Interessen wahrnahmen, eigentlich auf der Hand.<sup>47</sup>

---

<sup>45</sup> Beschließung der Ausweisung, 1669 Juni 19. In: PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), Nr 115/IV, S. 222f.; Beratung über die Kundmachung des Ausweisungsbefehls, 1670 Februar 25. Ebd., Nr 115/XI, S. 231–234.

<sup>46</sup> Vgl. demnächst grundsätzlich: ROTRAUD RIES: Politische Kommunikation und *Schtadlanut* der frühneuzeitlichen Judenschaft [im Druck]. Außerdem: MORDSTEIN, Selbstbewusste Untertänigkeit (wie Anm. 41), S. 199–203, hier v. a. S. 199; PETER RAUSCHER/BARBARA STAUDINGER: Widerspenstige Kammerknechte. Die kaiserlichen Maßnahmen zur Erhebung von »Kronsteuer« und »Goldnem Opferpfennig« in der Frühen Neuzeit. In: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 14 (2004), S. 313–363.

<sup>47</sup> Vgl. z. B. RITA SAILER: Untertanenprozesse für dem Reichskammergericht. Rechtsschutz gegen die Obrigkeit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 1999 (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich; 33), Forschungsüberblick S. 10–14. Zum Kommunikationsprozess Obrigkeiten – Untertanen vgl. z. B. ANDRÉ HOLENSTEIN: Kommunikatives Handeln im Umgang mit Policey. Die Markgrafschaft Baden im 18. Jahrhundert. In: RONALD G. ASCH/DAGMAR FEIST (Hg.): Staatsbildung als kultureller Prozess. Strukturwandel und Legitimation von Herrschaft in der Frühen Neuzeit. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2005, S. 191–208.

Zu diesen Maßnahmen dürfte – wenn der diesbezügliche Bericht Browns glaubhaft ist – bereits das zurückgewiesene Geschenk der silbernen Wiege an die Kaiserin gehört haben. In direktem Zusammenhang mit der Ausweisungsandrohung standen schließlich Bittschriften an den Kaiser<sup>48</sup> und die Aktivierung von einflussreichen Fürsprechern, mit deren Hilfe Leopold I. umgestimmt werden sollte. Trotz des ungünstigen Umstands, dass der Kaiser selbst offenbar ihre Ausweisung forcierte, versuchten die Wiener Juden über die Person des Residenten der schwedischen Königin in Hamburg Manuel Teixeira de Mattos Einfluss auf andere europäische Potentaten zu nehmen, um Kaiser Leopold zur Zurücknahme seiner Entscheidung zu veranlassen.<sup>49</sup> Auch wenn in diesem Fall lediglich eine Fristverlängerung erreicht werden konnte, war eine solche Aktion von Anfang an nicht völlig aussichtslos, wie die Zurücknahme der Ausweisung der böhmischen Juden durch Leopolds Enkelin, der nicht weniger judenfeindlich eingestellten Königin Maria Theresia, gut sieben Jahrzehnte später belegt.<sup>50</sup>

Sollte tatsächlich Aussicht auf Erfolg bestehen, waren eine Verbesserung der Stimmung am Kaiserhof und damit der direkte Kontakt mit einflussreichen Höflingen notwendig. Welche Initiativen ergriffen wurden, ist nicht bekannt – mit Sicherheit wurden dem Kaiser finanzielle Angebote gemacht –, dennoch deutet einiges darauf hin, dass auch am Hof Personen zugunsten der Juden Einfluss geltend machten.<sup>51</sup> Trotz dieser Aktivitäten gelang es jedoch nicht, gegen den Wunsch des Kaisers den Ausweisungsbefehl rückgängig zu machen. Aller Interventionen zum Trotz, stieß jede Form jüdischer Politik in der Frühen Neuzeit bei entschiedenem Widerstand der Fürsten schnell an ihre Grenzen.<sup>52</sup>

<sup>48</sup> PRIBRAM, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 2), S. 236f.

<sup>49</sup> KAUFMANN, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederoesterreich (wie Anm. 2), S. 128–130, 133–136.

<sup>50</sup> GERSON WOLF: Die Vertreibung der Juden aus Böhmen im Jahre 1744 und deren Rückkehr im Jahre 1748. Leipzig: Leiner 1869; JOSEF BERGL: Das Exil der Prager Judenschaft von 1745–1748. In: Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Tschechoslovakischen Republik 1 (1929), S. 263–331; VLADIMIR LIPSCHER: Zwischen Kaiser, Fiskus, Adel, Zünften: Die Juden im Habsburgerreich des 17. und 18. Jahrhunderts am Beispiel Böhmens und Mährens. Zürich: Diss. 1983, S. 64–72.

<sup>51</sup> Vgl. KAUFMANN, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederoesterreich (wie Anm. 2), S. 136, v. a. Anm. 4.

<sup>52</sup> Vgl. z. B. MORDSTEIN, Selbstbewußte Untertänigkeit (wie Anm. 41), S. 201f.